

Parlamentarischer Vorstoss

2022/578

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Investoren nicht verlieren: Genügend Entwicklungsgebiete für Basel-land schaffen
Urheber/in:	Marc Scherrer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	20. Oktober 2022
Dringlichkeit:	—

Die Bubendorfer Biochemie Firma Bachem investiert im Kanton Aargau 750 Millionen Franken und schafft mit seiner neuen Fabrik bis zu 3000 Stellen. Dass sich Bachem als globales Unternehmen bewusst für die Region Nordwestschweiz entscheidet, sind tolle Nachrichten. Im Zuge der medialen Berichterstattung über diese Investition trat zu Tage, dass es im Kanton Basel-Landschaft offenbar an grossen Landreserven für solche oder ähnliche Entwicklungen fehlt.

Die Verhandlungen mit Salina Raurica sollen aus unbekanntem Gründen gescheitert sein. Die Volkswirtschaftsdirektion meint, es gäbe in Baselland zwar Spielraum für Verhandlungen, der Kanton könne aber mit den Anforderungen, wie sie von grossen Investoren gestellt werden, nicht immer mithalten. Die Frage stellt sich nun, wie in Zukunft die letzten attraktiven Landreserven und Investitionsmöglichkeiten im Kanton attraktiv gemacht werden können.

2015 wurde ein Postulat (2011-363) mit der Forderung strategische Entwicklungsgebiete raumplanerisch und verkehrstechnisch zu sichern, abgeschrieben. Die Regierung begründete damals, dass die Forderung mit dem Areal-Dossier erfüllt sei und mehrere Landreserven einer strukturierten strategischen Entwicklung zugeführt worden seien. Die neusten Entwicklungen zeigen diesbezüglich aber wohlmöglich Lücken auf.

Der Regierungsrat wird daher gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Was waren die Anforderungen von der Firma Bachem an das neue Areal, die der Kanton Basel-Landschaft so nicht erfüllen konnte? Und aus welchem Gründen konnte diese Wünsche nicht realisiert werden?
 2. Sind unsere bestehenden Landreserven genügend attraktiv (zB. Preis) und so vorbereitet und erschlossen (zB. Anschluss an MIV/ÖV), dass ein möglicher nächster grosser Investor sich für eine Investition im Baselbiet entscheidet?
 Falls nein, welche (politischen) Massnahmen sind diesbezüglich zu ergreifen?
-

3. Wie plant die Regierung auch in Zukunft genügend Fläche für zukünftige Investoren zu schaffen? Wie sieht die Zusammenarbeit mit den Gemeinden aus?